

# Riesaer Tageblatt

Deutschlands  
Tageblatt Riesa.  
Sammel Nr. 20.  
Vorjahr Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlich bestimzte Blatt.

Buchdruckerei:  
Dresden 1880  
Glockenstrasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 184.

Mittwoch, 8. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig ohne Rüttell. Bis den Fall des Ministeriums von Großherzoglichkeiten, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 20 mm breite, 2 mm hohe Grünschrift-Zeile (3 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite, 2 mm hohe Grünschrift-Zeile (3 Silben) 20 Gold-Pfennige; Grundpreis für bewilligter Rabatt entfällt, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontrolle gerät. Abdruck- und Veröffentlichungsort: Riesa. Achtjährige Unterhaltungsbeiträge. Keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung über auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationskreis und Verlag: Riesa & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die unbefriedigte Sensation.

zu. Von einem Berliner Büro wurde dieser Tage die Sensation verbreitet, es sei festgestellt und auch durch ausschließliche Nachverhandlungen polnischer maßgebender Stelle bestätigt, daß Polen immer mehr Truppen an der Grenze einmarschiert gegen Litauen, sodann aber auch gegen Ostpreußen zusammenziehe. Und aus dieser Nachricht, die etwas sehr leichtfertig in die Welt gesetzt wurde, wurde der Schluss gezogen, daß die polnischen Pläne groß seien, den Krieg im Osten unvermeidlich sei und Ostpreußen von Polen als zweites Ziel betrachtet werde. Durch Ostpreußen werde der Durchmarsch gegen Litauen erfolgen.

Es ist selbstverständlich, daß solche Sensationsnachrichten die maßgebenden deutschen Stellen verlassen, gründliche Untersuchungen eingeleitet. Sie sind erlost und es wird berichtet, daß die Recherchen der deutschen Regierung keinen Inhalt boten, von Truppenkonzentrationen zu sprechen. Ebenso hat die polnische Vertretung in Berlin mit aller Entschiedenheit das umlaufende Gerücht dementiert. Die immer eilige, wenn Sensationen austanden, sofort interviewende und recherchierende amerikanische Presse hat zahlreiche Verbindungsstätten ins angeblich bedrohte Ostgebiet gesandt, und alle amerikanischen Journalisten bestätigen übereinstimmend die Ansicht der verantwortlichen deutschen Stellen, daß von polnischen Truppenkonzentrationen nichts zu befürchten gewesen wäre.

Richtig ist — und das wird auch von polnischer Seite nicht abgetreten —, daß seit geraumer Zeit Verschiebungen der einzelnen Garnisonen an der nördlichen Grenze erfolgen. Hierbei handelt es sich aber um notwendige militärische Maßnahmen, die keinerlei Bedrohung gegen立着nd ein Band darstellen. Schließlich weiß man auch, daß, seitdem der litauisch-polnische Streit geht, immer wieder Gerüchte von Truppenauflösungen umlaufen, ohne daß diese Gerüchte einen Hintergrund hatten. Es wird angenommen, daß die Garnisonverlegungen diesmal das Gerücht von den Truppenauflösungen nähten.

Der polnisch-litauische Streit wird beobachtet werden. Man hat heute keinen Grund mehr, an einen neuen Krieg im Osten zu denken. Soweit wir unterrichtet sind, sind die Verständigungsbverhandlungen mit dem Ergebnis beendet worden, daß — wie schon bekannt — eine Aussprache zwischen Wolodomirsk und Wilnsburg erfolgen soll. Augenblicklich versucht man eine weitere Verhandlung über den Tag und den Ort der Zusammenkunft zu erzielen.

Es steht freilich außer Zweifel, daß unser Ostpreußen durch Polen wiederholt bedroht wurde, und wir brauchen die wahre Wahrheit Polens, einmal Ostpreußen zu untersetzen, nicht verblassen lassen. Gerade weil uns diese polnischen Absichten bekannt sind, haben wir alles Interesse, einen Krieg im Osten zu verhindern, zu helfen und uns dauernd über politische Truppenbewegungen an unserer Grenze zu unterrichten. Es entspricht aber nicht der deutschen Taktik, unbegründete Gerüchte zu verbreiten, die geplant sind, im Ernstfall den deutschen Forderungen an Polen den Rücken zu nehmen. Wie und versichert wird, kann es sich bei den polnischen Plänen, einmal in Ostpreußen einzufallen, nur um eine Großerei handeln, die allen Ernstes aus Polen nicht in die Tat umgesetzt werden wird. Man bringt aber gewisse Meldungen, die von polnischer Seite lanciert werden und eine gewisse Beunruhigung hervorrufen sollen, mit Sicherheit mit dem polnischen Verlangen nach einem Orlowcaro zusammen. In Wirklichkeit scheint man der Ansicht zu sein, Deutschland werde sich, wenn es immer wieder Meldungen über die Bedrohung Ostpreußens erhält, auch wenn es später deren Unzulänglichkeit feststellen muss, schneller und leichter zu einer Garantierung der Grenzen im Osten verleiten. Gewissermaßen möchte Polen gegen ein deutsches Versprechen, die Korridore zu opfern, als Kompensation die Ausweitung geben, daß es die östliche Grenze nicht verletzen werde. Ein solches indirektes Druckmittel kann aber Deutschland von seinem alten Standpunkt, daß die Frage des Orlowcaro noch gar nicht spruchreif sei, nicht abringen. Schließlich handelt es sich bei Ostpreußen für Preußen und Deutschland um ein altes deutsches Gebiet, dessen Sicherheit nicht eingeschränkt zu werden braucht gegen die Sache, daß wir ein für alle Menschenrechte verantwortliche Gebiet verteidigen wollen.

Es ist nicht anzunehmen, daß der wirtschaft-polnische Kontakt in Gefahr verhandelt wird. Golle das oder der Fall sein, so wird weiteres Wissen der deutschen Außenminister die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auf die Beurteilung die fett schräger Seite von Polen auch für Deutschland kommt, besonders zunächst haben wir — nach Auffassung der Berliner Stellen — die Vorgänge im Osten lediglich zu sehen, zu unterscheiden, daß eine direkte Bedrohung der deutschen Grenze nicht vorliegt, sondern lediglich Verdacht ansteht. Wie zum Teile, wie gesagt, aus politischen Gründen von Polen genutzt werden, Polen zweifellos nicht unerwähnt sei.

## Der frühere Minister Le Trocquer zur Rheinlandfrage.

Wien. (Kunstsprach.) Die "Reichspost" veröffentlicht eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem Vorsitzenden Minister Le Trocquer über die Frage der Räumung des Rheinlandes. Als wünschlich, erklärte Le Trocquer, eine befriedigende Räumung; allein die finanzielle Basis kann sie nicht erzielen. Ich habe zwei Ge-

## U-Boot „F 14“ gehoben. — Die Mannschaft tot.

### 31 brave Seelente haben den Tod gefunden.

(Polen. Ag. Stefani.) Einem Marine-Ponton ist es gestern abend um 6.30 Uhr gelungen, daß vor 24 Stunden gesunkene Unterseeboot „F 14“ an der Oberfläche des Wassers zu bringen. Leider ist das Rettungswerk vergeblich gewesen, denn die gesamte Besatzung von 31 Mann ist infolge der Entwicklung von Chlorwasserstoff im Innern des Unterseeboots ums Leben gekommen.

Über den Gang des Rettungswerks im einzelnen, dem leider kein Erfolg beschieden war, so weit wenigstens die Rettung der Menschen in Betracht kommt, unterrichten die folgenden Meldungen:

Am 7. Aug. Den um die Bergung der Mannschaft des gesunkenen Unterseebootes „F 14“ bemühten Taucher ist es gelungen, Lautsprecher an den Rumpf des Schiffes anzubringen und die Eingeschlossenen so vor der Gefahr des Erstickungsstodes zu bewahren.

Die Bergungsarbeiten wurden sofort nach Bekannt-

werden des Unfalls begonnen. Der kleine Kreuzer „Aquila“ hat an der Stelle beobachtet, wo „F 14“ in den Wellen verschwand. Admiral Holzhorn, der sich an Bord befindet, leitet persönlich das Rettungswerk, das durch den hohen Seegang beträchtlich erschwert wird. Im Unterseebootdepot des Marineministeriums wird erklärt, daß alle Ansicht auf rätsche Überung des Unterseebootes besteht, um so mehr, als es sich um ein Schiff kleineren Typs handelt und die Verfestigung von Ketten bereits durchgeführt worden sei. Man glaubt, daß die Rettung seinerzeit Schwierigkeiten bereiten wird, sobald der Seegang nachgelassen hat. Die „F 14“ ist ein Unterseeboot älteren Typs, sie lief 1917 vom Stapel und besitzt eine Wasserdrückung von 250 Tonnen, eine Länge von 45 Meter und ist mit zwei Torpedorohren und einem 7,6-Zentimeter-Geschütz ausgerüstet. Ihre Geschwindigkeit auf der Oberfläche beträgt 12 Knoten und unter Wasser 8 Knoten.

Es war im Laufe des Abends gelungen, das U-Boot zu heben. Nach einer amtlichen Bekanntmachung um 18 Uhr, hatte man das Boot bereits bis auf 12 Meter unter der Meeressoberfläche herausgebracht.

## Der Reichspräsident in Riel.

Kiel (Kunstsprach.) Reichspräsident v. Hindenburg traf heute gegen 2 Uhr mit dem Jahrplanmäßigen Dr.-Hug aus Hamburg ein und verbrachte die Nacht in seinem Sonderwagen auf dem Bahnhof. Um 5.30 Uhr wurde der Herr Reichspräsident durch den Chef der Marinestation Kiel Dr. h. c. Roeder und des Stadtcommandanten von Kiel Kapitän zur See Schumacher auf dem Bahnhof begrüßt. In dem Empfang hatten sich ferner den seit einigen Tagen in Kiel weilende Reichswehrminister Grüner und der Chef der Marinestation Admiral Henke sowie zahlreiche Vertreter der Stadt und hohe Offiziere der Reichsmarine einschließlich.

Nach der Begrüßung verließ der Reichspräsident den Bahnhof und beschloß sich zu Fuß nach dem Kai und betrat den Flottentender „Hela“. Vor dem Bahnhof hatte eine

große Menschenmenge Aufstellung genommen, die den Reichspräsidenten mit stürmischen Hochrufen begrüßte.

Fröhlich um 8 Uhr trat die „Hela“ die Fahrt nach dem in der Außenförde liegenden Linientaiff „Schleswig-Holstein“ an, auf dessen Bord der Reichspräsident den Übungsbewaffnungen der Marine auf das Fernenlinientaiff „Jägering“ bewohnen wird.

Die Belegschaften auf den am Hafen liegenden Werften begrüßten den Reichspräsidenten mit Hochrufen, als der Tender die Werften passierte. Als der Tender sich dem Linientaiff näherte, wurde der Präsidenten-Salut abgefeuert. Der Herr Reichspräsident ging nunmehr auf das Linientaiff über, das die Flagge des Reichspräsidenten hielt, und ging bald in See.

höchstpunkte im Auge: Die Sicherheit Frankreichs und den allgemeinen Frieden. Meine erste Frage ist: Wie ist die Einstellung Deutschlands mit Polen? Was nun die konkreten Bedingungen für die Räumung des Rheinlandes betrifft, so müßten Sie, um eine präzise Antwort zu erhalten, den Außenminister Prindl fragen. Nach meiner Auffassung wäre eine Neutralisierung der Bahnen des Rheinlandes unter internationale Kontrolle, eventuell des Völkerbundes, ein sehr wichtiger Friedens- und Sicherheits-faktor.

Hierzu bemerkte die "Reichspost": Deutschland hat aber bei anderen Angelegenheiten eine freiwillige Anerkennung der östlichen Grenzen mehrfach abgelehnt. Es gab in diesen Dingen keine Meinungsunterschiede unter den deutschen Parteien. Wenn also tatsächlich ein Orlowcaro als Preis für die Räumung gefordert werden sollte, besteht nach dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit wenig Aussicht für eine Verhandlung. Ein dem Deutschen nach außen Geschehne in jedoch die Neutralisierung der Bahnen. Wollte man Deutschland aber allein verpflichten, seine wehenden Grenzbahnen unter internationale Kontrolle zu stellen, während die Auftriebsbahnen der übrigen Staaten außer Kontrolle blieben, so würde das nur eine neue Verlegung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Nationen bedeuten und nicht zur Verhandlung, sondern zur weiteren Entstehung der Nationen beitragen.

betriebenen Produktionsgesellschaften internationalisiert werden.

Die deutschen Teilnehmer an der Tagung haben vor ihrer Rückreise den Redaktionen einiger der Bewegung fördernder Zeitungen einen Besuch abgestattet, u. a. auch dem Deuere, dessen leitender Redakteur in Erwiderung der von einem Deutschen gehaltenen Antrachten ausführte: Sind nicht große Hoffnungen gestattet, wenn man sieht, mit welcher Höflichkeit und Sympathie ein französischer Minister, Herrriot, in Köln empfangen wurde, wie sie auch Dr. Stresemann nicht verlegt sein werden, wenn er demnächst nach Paris kommt? Eine Anzahl von Fragen muß so erklärt werden, vor der endgültigen Annäherung gelöst werden. Ich sage aber, daß es auch viele Fragen gibt, deren Lösung durch eine vorhergehende Annäherung erleichtert würde. Wirtschaftlich und ökologisch ist die Annäherung deutlich möglich. Ich hoffe sie lange befürwortet, und jetzt, wo sie möglich wird, hören wir nicht auf, zu erklären, daß sie wünschenswert ist. Wünschenswert ist übrigens nicht das richtige Wort, man muß sagen "notwendig". Ich glaube, wenn unsere beiden Völker sich verständigen werden, dann wird das einzige Europa selbst zustandekommen, seinen Platz in der Welt einnehmen und leben und gedeihen. Wenn es nicht gelingt, den Frieden zwischen uns zu schaffen, wird Europa bald unter Furchten verschwinden.

## Entscheidungen deutscher und französischer Botschafter zur deutsch-französischen Annäherung.

Paris. Von 28. Juli bis 5. August haben 120 junge deutsche Botschafter mit französischen Gesandten gesessen im internationalen Freundschaftslager von Vevey. Hier einen Gedanken austausch über die deutsch-französische Annäherung geöffnet. Es wurden verschiedene Entscheidungen angenommen, die dem vom 16. bis 27. August in Vevey (Schweiz) stattfindenden Weltjugendtag übermittelt werden sollen. Zur Vereinfachung der Entscheidungen, als erste Etappe eine internationale Armee organisiert werden, die die Sicherheit der entwaffneten Völker garantieren soll. Zur Vereinfachung internationaler Studienreisen sollen ferner unter Schaffung einer internationalen Organisation verbilligte Unterkunfts möglichkeiten geschaffen werden. Die Verbündung willden den verschiedenen Jugendbewegungen der Welt soll nicht nur durch internationale Büros, sondern auch durch eine möglichkeit in Esperanto redigierte Beiträge geführt werden. Zweck: Vorbereitung der wirtschaftlichen Verteilung sollen die von den Genossenschaften der verschiedenen Länder

## Eine amerikanische Erklärung über den Beitritt Russlands zum Kellogg-Ball.

New-York. Associated Press meldet aus Washington: Die aus Moskau kommenden Erklärungen, welche andeuten, daß die russischen Behörden bezüglich des Kellogg-Balls eine abwartende Haltung einnehmen wollen, haben durchaus verfehlt, das besondere Interesse des Staatsdepartements zu erwecken. Nach der Unterzeichnung des Vertrages in Paris durch die 16 ursprünglichen Signatarmächte wird der Vertrag kraft seiner eigenen ausdrücklichen Bestimmungen zum allgemeinen Beitritt freigegeben. Falls die Moskauer Regierung nach diesem Zeitpunkt würdet, die Politik der nationalen Politik zu unterschreiben, so werden diesen Wunschen der Washingtoner Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Obwohl der Entwurf des Kellogg-Balls die Hinterlegungsstelle der Ratifizierungsurkunden nicht ausdrücklich bezeichnet, so werde selbstverständlich angesehen, daß Frankreich diese Rolle übernehmen werde, da ja der Vertrag in Frankreich unterzeichnet werde. Aus diesem Grunde könne die Washingtoner Regierung auch nicht in die Notwendigkeit verlegt werden, in irgendwelche offizielle Verbindung mit Moskau zu treten.